

Bekämpfung des Drogenmissbrauchs

durch Gaststättenbetreiberinnen / Gaststättenbetreiber

Drogen- und Rauschmittelmisbrauch stellen eine ernste Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen dar. Daher müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Drogenmissbrauch zu unterbinden. Zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und des Rauschgiftmissbrauchs, die teilweise auch in Gaststätten erfolgen, benötigt die Polizei die Hilfe der Gaststättenbetreiberinnen und Gaststättenbetreiber. Sie bittet um Folgendes:

Achten Sie bitte auf folgende Gegenstände, da diese auf Rauschgiftdelikte in Ihrer Gaststätte hinweisen:

- Injektionsspritzen (Einwegspritzen),
- angerußte Löffel,
- Schnüre, Bänder, Riemen, dünne Gummischläuche zum Abbinden,
- blutverschmierte Taschentücher oder Watte,
- Kerzenstummel mit abgebrannten Streichhölzern,
- abgerissene Zigarettenfilter, gefaltete Papierstreifen, Faltbriefchen,
- Medikamente und ihre Verpackungen.

Achten Sie bitte auf folgende Verhaltensweisen, hauptsächlich jugendlicher Gäste:

- mehrfaches anscheinend grundloses Betreten und Verlassen der Gasträume,
- häufiges wechselseitiges Aufsuchen, ungewöhnlich langer oder gemeinsamer Aufenthalt in Toilettenkabinen,
- Abwiegen, Portionieren oder Weitergabe kleinerer Mengen Pulver, Blättchen oder Tabletten,
- Gebrauch von gerollten Geldscheinen oder entsprechenden Papierstücken (zum Schnupfen von Kokain u. a.)

Unterrichten Sie die nächste Polizeidienststelle, wenn Sie Derartiges bemerken.

Gaststättenbetreiberinnen / Gaststättenbetreiber dürfen nicht dulden, dass in ihren Räumen strafbare Handlungen begangen werden. Sie müssen vielmehr alles tun, um strafbare Handlungen zu unterbinden (zum Beispiel durch zusätzliches Aufsichtspersonal, Lokalverbote und -verweise, Umbaumaßnahmen). Eine erhöhte Aufsichtspflicht besteht gegenüber jüngeren Erwachsenen.

Die Polizei wird sich bemühen, in geeigneter Form - und nicht geschäftsschädigend - dem Drogenmissbrauch in Ihrem Betrieb entgegenzuwirken.

Bedenken Sie, dass nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. Juli 1978 (Aktenzeichen 1 C 43.75) Gastwirte verpflichtet sind, in zumutbarer Weise bei einem erkannten Drogenmissbrauch in ihren Räumen mit der Polizei zusammenzuarbeiten und dass straf- und gewerberechtliche Folgen eintreten können, wenn sie dulden, dass in ihrem Betrieb Rauschgift gehandelt oder konsumiert wird. Eine Gaststättenbetreiberin / Ein Gaststättenbetreiber, der duldet, dass in ihrem / seinem Betrieb Rauschgift konsumiert oder gehandelt wird, muss mit gewerberechtlichen Konsequenzen bis zur sofortigen Betriebsschließung und einem Strafverfahren sowie einem Berufsverbot rechnen.

Informieren Sie im eigenen Interesse Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Inhalt dieses Merkblatts, damit sie sich nicht wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz strafbar machen und Ihnen die weitere Beschäftigung dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untersagt werden muss. Einen Auszug aus dem Betäubungsmittelgesetz finden Sie auf der folgenden Seite.

Auszug aus dem Betäubungsmittelgesetz

§ 29 Straftaten

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Betäubungsmittel unerlaubt anbaut, herstellt, mit ihnen Handel treibt, sie, ohne Handel zu treiben, einführt, ausführt, veräußert, abgibt, sonst in den Verkehr bringt, erwirbt oder sich in sonstiger Weise verschafft,
2. eine ausgenommene Zubereitung (§ 2 Abs. 1 Nr. 3) ohne Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 herstellt,
3. Betäubungsmittel besitzt, ohne zugleich im Besitz einer schriftlichen Erlaubnis für den Erwerb zu sein, ...
6. entgegen § 13 Abs. 1 Betäubungsmittel
 - a) verschreibt,
 - b) verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überlässt,
- 6a. entgegen § 13 Absatz 1a Satz 1 und 2 ein dort genanntes Betäubungsmittel überlässt,
7. entgegen § 13 Absatz 2
 - a) Betäubungsmittel in einer Apotheke oder tierärztlichen Hausapotheke, ...abgibt
8. entgegen § 14 Abs. 5 für Betäubungsmittel wirbt, ...
10. einem anderen eine Gelegenheit zum unbefugten Erwerb oder zur unbefugten Abgabe von Betäubungsmitteln verschafft oder gewährt, eine solche Gelegenheit öffentlich oder eigennützig mitteilt oder einen anderen zum unbefugten Verbrauch von Betäubungsmitteln verleitet,
11. ohne Erlaubnis nach § 10a einem anderen eine Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch von Betäubungsmitteln verschafft oder gewährt, oder wer eine außerhalb einer Einrichtung nach § 10a bestehende Gelegenheit zu einem solchen Verbrauch eigennützig oder öffentlich mitteilt, ...
13. Geldmittel oder andere Vermögensgegenstände einem anderen für eine rechtswidrige Tat nach Nummern 1, 5, 6, 7, 10, 11 oder 12 bereitstellt,
14. einer Rechtsverordnung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 oder § 13 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1, 2a oder 5 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Strafvorschrift verweist. ...
- (2) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1, 2, 5 oder 6 Buchstabe b ist der Versuch strafbar.
- (3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
 1. in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1, 5, 6, 10, 11 oder 13 gewerbsmäßig handelt,
 2. durch eine der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, 6 oder 7 bezeichneten Handlungen die Gesundheit mehrerer Menschen gefährdet.
- (4) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1, 2, 5, 6 Buchstabe b, Nr. 10 oder 11 fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. ...
- (6) Die Vorschriften des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 sind, soweit sie das Handeltreiben, Abgeben oder Veräußern betreffen, auch anzuwenden, wenn sich die Handlung auf Stoffe oder Zubereitungen bezieht, die nicht Betäubungsmittel sind, aber als solche ausgegeben werden.

§ 29a Straftaten

- (1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr wird bestraft, wer
 1. als Person über 21 Jahre Betäubungsmittel unerlaubt an eine Person unter 18 Jahren abgibt oder sie ihr entgegen § 13 Abs. 1 verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überlässt oder
 2. mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge unerlaubt Handel treibt, sie in nicht geringer Menge herstellt oder abgibt oder sie besitzt, ohne sie auf Grund einer Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 erlangt zu haben.
- (2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

§ 30 Straftaten

- (1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren wird bestraft, wer
 1. Betäubungsmittel unerlaubt anbaut, herstellt oder mit ihnen Handel treibt (§ 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) und dabei als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat,
 2. im Falle des § 29a Abs. 1 Nr. 1 gewerbsmäßig handelt,
 3. Betäubungsmittel abgibt, einem anderen verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überlässt und dadurch leichtfertig dessen Tod verursacht oder

4. Betäubungsmittel in nicht geringer Menge unerlaubt einführt.
- (2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

§ 30a Straftaten

- (1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren wird bestraft, wer Betäubungsmittel in nicht geringer Menge unerlaubt anbaut, herstellt, mit ihnen Handel treibt, sie ein- oder ausführt (§ 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) und dabei als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer
 1. als Person über 21 Jahre eine Person unter 18 Jahren bestimmt, mit Betäubungsmitteln unerlaubt Handel zu treiben, sie, ohne Handel zu treiben, einzuführen, auszuführen, zu veräußern, abzugeben oder sonst in den Verkehr zu bringen oder eine dieser Handlungen zu fördern, oder
 2. mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge unerlaubt Handel treibt oder sie, ohne Handel zu treiben, einführt, ausführt oder sich verschafft und dabei eine Schusswaffe oder sonstige Gegenstände mit sich führt, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen geeignet und bestimmt sind.
- (3) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren.

§ 30b Straftaten

§ 129 des Strafgesetzbuches gilt auch dann, wenn eine Vereinigung, deren Zwecke oder deren Tätigkeit auf den unbefugten Vertrieb von Betäubungsmitteln im Sinne des § 6 Nr. 5 des Strafgesetzbuches gerichtet sind, nicht oder nicht nur im Inland besteht.

§ 32 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 4 Abs. 3 Satz 1 die Teilnahme am Betäubungsmittelverkehr nicht anzeigt,
 2. in einem Antrag nach § 7, auch in Verbindung mit § 10a Abs. 3 oder § 13 Absatz 3 Satz 3, unrichtige Angaben macht oder unrichtige Unterlagen beifügt,
 3. entgegen § 8 Abs. 3 Satz 1, auch in Verbindung mit § 10a Abs. 3, eine Änderung nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich mitteilt,
 4. einer vollziehbaren Auflage nach § 9 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 10a Abs. 3, zuwiderhandelt,
 5. entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 Betäubungsmittel ohne Genehmigung ein- oder ausführt,
 6. einer Rechtsverordnung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 bis 4, § 12 Abs. 4, § 13 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2, 3 oder 4, § 20 Abs. 1 oder § 28 Abs. 2 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
 7. entgegen § 12 Abs. 1 Betäubungsmittel abgibt oder entgegen § 12 Abs. 2 die Abgabe oder den Erwerb nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich meldet oder den Empfang nicht bestätigt, ...
 9. einer vollziehbaren Anordnung nach § 15 Satz 2 zuwiderhandelt, ...
15. Betäubungsmittel in eine Postsendung einlegt, obwohl diese Versendung durch den Weltpostvertrag oder ein Abkommen des Weltpostvereins verboten ist; das Postgeheimnis gemäß Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes wird insoweit für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit eingeschränkt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünf- undzwanzigtausend Euro geahndet werden. ...